

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 14.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 60 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

Hannover,
Sonnabend, 14. Juli 1900.

Einzelne Kosten pro 8 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Abnahme 10 Pf. Redaktion: Leinstr. 31. Verlag: Nikolaisdr. 46.

9. Jahrg.

Anträge zum Verbandstag.

Zahlstelle Cannstatt.

1. Die württembergischen Zahlstellen sind zu einem eigenen Gau einzutheilen.

2. Vom Vorstand sind Maimarken à 20 Pf. herauszugeben, und ist jedes Mitglied verpflichtet, dem es nicht möglich ist, den ersten Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, mindestens eine zu nehmen.

3. Der Verbandstag in Halberstadt sollte beschließen, bei Arbeitseinstellungen (wenn dieselben längere Zeit vor dem Quartalschluss ausgebrochen sind), Extraauschüsse, zu dem Mietzins zu gewähren, jedoch nicht unter 10 Mark, und soll die Summe von 25 Mark nicht übersteigen. Der Buschusß soll nur verabschiedet werden gegen Schulschein mit Rückzahlung in Raten nach Übereinkunft und festgesetzter Frist.

Zahlstelle Ohlsdorf.

Allen Verbandsorten sind 50 Prozent der Einnahme zu belassen.

Im § 2 des Streikreglements soll es heißen statt "einen Monat" eine Woche.

Dem "Proletarier" ist vierteljährlich als Beilage ein Versammlungs-Kalender beizugeben.

Zahlstelle Flensburg.

Der § 12, Abs. 2 ist so zu formulieren, daß hinter den Worten: "der Mitglieder zu entscheiden hat", einzufügen ist: "Doch hat derselbe den Mitgliedern der betreffenden Zahlstelle innerhalb 14 Tagen nach Zustellung der Beschwerdeschrift den Beschluß des Ausschusses zukommen zu lassen."

Zahlstelle Neuhaldensleben.

Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung:

§ 9. Für das Wort "kann" ist "wird" zu setzen.

§ 11, Abs. 1. Die Unterstützung wird vom zweiten Bevollmächtigten ausbezahlt.

Streik-Reglement:

Unterstützung für Streiks oder Aussperrungen wird nach Ablauf der ersten Woche aus Verbandsmitteln gezahlt.

Zahlstelle Berlin.

Es sind Verhaltungsvorschriften für die 1. Bevollmächtigten auszugeben; dieselben sind in Form einer Broschüre herzustellen und jedem 1. Bevollmächtigten mit seiner Bestätigung zugestellt. Diese Vorschriften haben zu enthalten: das Vorgehen des 1. Bevollmächtigten bei Aussperrung, Maßregelung, Streik, Umzug, Zobessall, Versammlungsankündigungen und alle sonst noch vorkommenden Fälle. Als Anhang das Gegenseitigkeits-Verhältniß des Bevollmächtigten mit dem Gauvorstand.

Die Beiträge zum Streifonds betragen 5 Pf. pro Woche, und ist die Streikkarte so zu ändern, daß dieselbe 52 Felder, in 12 Reihen geordnet, erhält, vor jeder Reihe ist der Monat vorzudrucken. Die Jahreszahl darf nicht aufgedruckt, sondern muß aufgeschrieben werden. Jede Karte hat nur für das Jahr Gültigkeit, für welches sie ausgestellt ist, und ist sie am Schlusse des Jahres mit dem Schlüsselstempel zu versehen und eine neue auszustellen.

Zahlstelle Lübeck.

§ 6. Das Eintrittsgeld von 20 auf 50 Pf. zu erhöhen.

§ 6 Absatz 2: Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder pro Woche 20 Pf. und 7½ Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder.

§ 9 Absatz 5: Verheiratheten Mitgliedern wird ein Umzugsgeld bis 25 Pf. ausbezahlt, wenn dieselben 12 Monate dem Verbande angehören, jedoch ohne vorherigen Antrag an den Hauptvorstand. Hat ein Mitglied Umzugsgeld erhalten, so hat dasselbe erst nach Ablauf von einem Jahre wieder Anspruch auf Umzugsgeld, abgerechnet vom Tage der Auszahlung. Jedoch darf das Reisegeschenk nicht in Anspruch gebracht werden.

§ 13 des Streikreglements: Die Unterstützung bei Streiks oder Aussperrungen wird vom ersten Tage an ausbezahlt und zwar für verheirathete männliche Mitglieder pro Woche 12 Pf., für jedes Kind 1 Pf., für weibliche Mitglieder pro Woche 8 Pf., für jedes Kind 1 Pf., für ledige Mitglieder pro Woche 10 Pf.

§ 11 des Streikreglements: Jedes Mitglied ist verpflichtet, monatlich eine Streifondsmarke von 5 Pf. zu entnehmen. Die Streifondskarten sind abzuschaffen und dafür Rubriken in den Mitgliedsbüchern einzuschalten.

Zahlstelle Elmshorn.

Der § 8 erhält folgende Fassung: Zum Beitritt berechtigt sind alle gewerblichen Arbeiter, welche das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben u. s. w.

Zu § 9 Absatz 5: Das Umzugsgeld ist bis auf 40 Pf. zu erhöhen. Hat ein Mitglied Umzugsgeld erhalten, so hat dasselbe Anspruch nach einem halben Jahre auf die Hälfte des Umzugsgeldes und nach einem Jahre auf das volle Umzugsgeld.

Zu § 16 Absatz 10: Die Festsetzung der Wahlkreise liegt dem Vorstande unter Hinzuziehung der Gauvorstände ob u. s. w.

Zahlstelle Hagen.

Die Wahlkreiseinteilung ist in Zukunft nach den Gauen vorzunehmen, so daß möglichst jeder Gau einen Wahlkreis bildet.

Zahlstelle Sudenburg.

§ 1. Änderung des Namens in Verband der nichtgewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

§ 2 f. Gewährung von Rechtsschutz in allen Streitigkeiten, die aus der Unfall- und Invalidenversicherung der Mitgliedern entstehen.

§ 3. Statt "Gewerkschaft" ist einfach "Verband" zu setzen. Begründung: Es kann nicht Absicht des Verbandes sein, daß unter dieser Rubrik auch die Hirsch-Dunder'schen oder sonstige nicht auf dem Boden der freien Gewerkschaftsorganisation stehenden Verbände gemeint sind.

§ 4. Die Zeit 8 Tage ist auf 14 Tage zu setzen mit Anschluß, daß sämtliche neu aufgenommenen Mitglieder in der nächst darauf folgenden Versammlung benannt gemacht werden.

§ 5 Abs. 3. Statt 2 Monat, 3 Monat zu setzen.

§ 6 Abs. 1, der mit den Worten anfängt: "solche Personen", zu streichen.

§ 7. Zeile 3, zu sagen anstatt "soll", "kann".

§ 9, Abs. 5, Zeile 5. Zusatz: Die vorher bezogene Reiseunterstützung darf bei dem Umzugsgeld nicht in Abzug gebracht werden.

Reisereglement:

Zu § 6. Die Worte: "Vor Eintreffen des Beschlusses darf unter keinen Umständen die Arbeit eingesetzt werden", sind zu streichen.

§ 13. Das Wort "ortsüblich" ist zu streichen, dafür "Fabriklohn" zu setzen.

§ 13 Abs. 1. Die Worte: "Für die 1. Woche des Streiks oder der Aussperrung wird keine Streikunterstützung aus Verbandsmitteln gewährt", sind zu streichen. Ebenso die Bestimmung, nach welcher die Mitglieder, welche noch kein Jahr dem Verbande angehören, 1 Pf. weniger Unterstützung bekommen sollen.

§ 15. Der letzte Satz: "Die unterlassene Berichterstattung u. s. w." ist zu streichen.

Geschäftsordnung, Geschäfte der Bevollmächtigten:

Zu Absatz 5 ist hinzuzusehen: "Todesursache".

Zahlstelle Döben.

Der Verbandstag sollte beschließen, Statuten in polnischer Sprache drucken zu lassen, und den Vorstand beaufen, bei der General-Kommission vorstellig zu werden, daß diese ein polnisches Gewerkschaftsblatt herausgibt, welches den Zahlstellen auf Wunsch statt des "Proletarier" geliefert oder von den Zahlstellen im Abonnement bezogen wird.

Einzelmitglieder von Dresden und Umg.

Im § 9 im letzten Absatz ist folgender Pausus einzufügen:

wenn die Entfernung zwischen U- und Abzugsort 10 Km. übersteigt.

Dem § 12 des Streik-Reglements ist folgender Schlussatz anzuhängen:

Die Rückzahlung kann nur von solchen Mitgliedern verlangt werden, die während eines Streiks zur Arbeit zurückkehren, oder ihren Verpflichtungen gegen den Verband während des nächstfolgenden Jahres nicht nachkommen.

Zahlstelle Arnstadt.

Den Mitgliedern ist Krankenunterstützung von der 4. Krankenwoche an in Höhe von 5 bis 6 Mark zu gewähren.

Ferner ist das Umzugsgeld schon bei einem Umzug in der Entfernung von 5 Kilometer zu gewähren.

Gewährung der Arbeitslosenunterstützung vom 1. Januar 1901 ab.

Jedem Mitgliede, welches in Jahr dem Verbande angehört, ist bei Rechtsstreitigkeiten, welche in Folge von Unfall oder Invalidität entstehen, Rechtsschutz zu gewähren.

Gewährung eines Geldzuschusses zur Miete eines Versammlungsorts.

Zahlstelle Gilde.

Dem § 6 ist folgende Einleitung zu geben: Jedes eintretende Mitglied empfängt beim Eintritt ein Quittungsbuch, welches zugleich als Mitglieds-Legitimation dient. Jedoch kann einem Mitgliede das Mitgliedsbuch entzogen werden, wenn es sich dem Verbande gegenüber unehrhafe Handlungen zu Schulden kommen läßt oder sonst den Verband schädigt.

Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf.

Der Verbandstag nimmt Stellung zum 1. Mai.

Zahlstelle Charlottenburg.

Dem Titel im Statut ist das Wort Zentralvorzusehen.

Die Streiksteuer ist auf 10 Pf. pro Monat zu erhöhen und jedes Mitglied zur Entnahme mindestens einer Mark in jedem Monat zu verpflichten.

Konferenz des Ganes 11.

Die Gauvorstände erhalten 10 Prozent der Einnahme.

Zur besseren Übersicht über die Lokaleinnahmen und -Ausgaben der Zahlstellen sind andere Abrechnungsformulare einzuführen.

Als Delegierte zum 5. Verbandstag in Halberstadt	
2.	Wahlkreis: Kollege August Kramer, Hannover.
3.	R. Gelpke, Braunschweig.
4.	J. Pietzsch, Schönhausen.
5.	Aug. Motte, Eschershausen.
6.	Heinz Behmann, Rassel.
7.	H. Martens, H. Guttmuth,
8.	F. Dingelberg, Harburg.
9.	F. Kahl, Hamburg.
10.	H. Sac, Hamm b. Hamburg.
11.	Kollegin Frau Zieck, Hamburg-St. Georg.
12.	Kollege Fr. Börger, Barmbek.
13.	O. Priedemann, Ottersen.
14.	Martin Schwartz, Rothenburgsort.
15.	Joh. Brühns, Wandsebel.
16.	G. Lamotius, Schiffbek.
17.	Pappe, Wilhelmsburg.
18.	Fürs, Winterhude-Eppendorf.
19.	B. Stille, Bergedorf.
20.	Frieße, Wedel.
21.	Lewin, Elmshorn.
22.	Chr. Sühlseen, Ickhöe.
23.	O. Müller, Rendsburg.
24.	H. Hornung, Flensburg.
25.	B. Grabbert, Nienfeld.
26.	Joh. Lühr, Lübeck. H. Radde, Süder.
27.	Kollegin Frau Schmid, Bremen.
28.	Kollegin Emil Henning, Köslin.
29.	Schneider, Stettin.
30.	Jul. Volkmar, Halberstadt.
31.	Aug. Blume, Neuhaldensleben.
32.	Ab. Dannehl, Schönebeck.
33.	Paul Matthes, Magdeburg-Neustadt.
34.	Fritz Elbert, Potsdam.
35.	Waldeimar Funck, Berlin.
36.	Karl Voigt, Leipzig-Lindenau.
37.	Michael Klimm, Dresden.
38.	Theodor Hoppe, Markstädt.
39.	Karl Köbler, Altenburg.
40.	Bromfessel, Weisenfel.
41.	Wilhelm Haase, Delitzsch.
42.	F. Höglke, Calbe.
43.	Karl Köbler, Köslau.
44.	Grünerberg, Calbe.
45.	A. Döpping, Berbst.
46.	Kollegin Frau Etziger, Offenbach.
47.	Bernhard Adelung, Mainz.
48.	Georg Wienecke, Griesheim.
49.	Heinrich Meyer, Bürgel.
50.	Jakob Höhl, Speyer.
51.	Filus Richter, München.
52.	Karl Hammel, München.
53.	Budow, Bens, Ludwigshafen.
54.	Dirsch, Mannheim.
55.	O. Börner, Cannstatt.

Vom sozialen Kampfplatze.

In Lehmin beschlossen die Arbeiter einer Ziegelei am 27. Mai, in den Streik zu treten, falls sie nicht pro 1000 Steine — für die zu streichen sie jetzt 1,10 Pf. erhielten — 10 Pf. Zulage erhielten. Am 28. Mai wurde die Forderung gestellt, abgelehnt und laut Beschluß die Kündigung eingereicht, so daß am 11. Juni der Streik in Kraft getreten ist. Ohne nun erst abzuwarten, wie die Sache verläuft, und ob bei ihnen ebenfalls Forderungen gestellt würden, bes-

schlossen die Ziegeleibesitzer, ihre Arbeiter auszusperren, und verpflichteten sich bei 1000 Mfl. Konventionalstrafe, keinen derselben wieder einzustellen. Am 4. Juni wurden ca. 500 Arbeiter gefündigt, und seit dem 18. Juni ruht die Arbeit auf 9 Ziegeleien. Nur eine Ziegelei — Bohnstedt in Neuen — hat die Forderungen der Arbeiter sofort bewilligt und 25 Streikende eingestellt. Schulze-Lehnin und Schulze-Nehmiz nahmen, veranlaßt durch den Druck ihrer Kollegen, ihre Bewilligung zurück und sperrten gleichfalls aus. Von den Streikenden haben die meisten auswärts Arbeit genommen; es sind nur noch ca. 100 Mann am Orte, meist ältere Leute, alle übrigen sind abgereist. Arbeitswillige haben sich am Orte selbst überhaupt nicht gefunden, jedoch sind von auswärts welche gekommen, so von Berlin und speziell Polen. Es ist gelungen, die Meisten wieder abzuschicken, und wenn es gelingt, den Zugang fernzuhalten, ist der Sieg der Arbeiter sicher, da jetzt schon die Streikerei vollständig ruht und in aller Kürze die Defen gelöst werden müssen, da kein Material zum Sezen mehr vorhanden ist. Wir ersuchen nun die Kollegen allerorts, uns zu unterstützen, dadurch, daß der Zugang ferngehalten wird!

Soziale Rundschau.

Der Vorstand des Verbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie im Oesterreich beruft im "Ducenbil" auf den 9. September 1900 einen ordentlichen Verbandstag nach Prag ein.

Korrespondenzen.

Bremen. In den Sonnabend, den 9. und 16. v. Mts. abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlungen im Vereinsraum wurde über die Klagen der Mitglieder, die bei dem Uhuhrunternehmer Ulsses beschäftigt sind, verhandelt. Die Behandlung und Entlohnung der Arbeiter wurde einer scharfen Kritik unterzogen und darauf hingewiesen, wie er trotz der Julialage, wozu er sich hat bequemen müssen, für sich einen Augen daraus hat herzuleiten gewußt, indem er von jeder Kolonne einen Mann abnahm, und trotzdem dieselben Touren zu machen sind. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß die Arbeiten für einen Lohn, wie den jetzigen, nicht mehr auszurechnen seien, und wurde beschlossen, mit einer Forderung von 4 Mfl. für Tonnenträger und für sämtliche Fuhrleute, und 3,50 Mfl. für Feger bei A. vorstellig zu werden. Um jedoch auch über die Haltung der nicht organisierten Arbeiter Klarheit zu haben, wurden Listen mit den Forderungen angefertigt, welche jedem Arbeiter bei A. zur Unterschrift vorgelegt wurden. Das Resultat wird einer einzuhaltenden Versammlung bekannt gegeben, welche in dieser Sache zu beschließen hat.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 21. Juni 1900, tagte in der Gartnbruunstrasse, Wallstr. 94, unsere Mitgliederversammlung. Der Kollege Leuner erstattete Bericht über die Arbeiten der am 13. März gewählten Künstler-Kommission und erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, die von der Kommission gemachten Vorschläge als Anträge dem Verbandsstag zu unterbreiten. Zu Punkt 2 wurden von 92 abgegebenen Stimmen mit je 91 Stimmen Kollege Pohl als Delegierter zum Verbandsstag, Kollege Scheel als Erzähler gewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung stimmte Pohl mit, daß vom Gouvernementskantone Berlin, eine Einladung zur Gaukonferenz nach Berlin zum 1. Juli eingeladen sei und würden als Delegierte hierzu die Kollegen Schönhoff und Pohl gewählt. Zum Auszug des "Proletarier" im 6. Bezirk meldeten sich wieder 6 Kollegen freiwillig und versprachen, die Zeitung pünktlich auszutragen. Auf Antrag des Kollegen Scheel wurde beschlossen, dem Gewerkschaftskantone 20 Mfl. zu überweisen, sowie den ersten und zweiten Bevollmächtigten pro Quartal mit 5 Mfl. für ihre Müheleistungen zu entschädigen, dem 3. Bevollmächtigten und den 3 Beisitzern sind für jede Bevollmächtigung 50 Pf. zu zahlen. Nachdem dann noch beschlossen worden, am 21. Juli 1900 unter 1. Stiftungsfest zu feiern und zwar in Form eines Sommersfestes und hierzu ein aus 18 Kollegen bestehendes Komitee gewählt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Gütersloh. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am Donnerstag, den 14. Juni. Über "Die Bedeutung der Gewerkschaften" referierte Kollege Schulz. Redner führte aus, daß unter den Arbeitern schon lange das Bestreben nach Verbesserung ihrer Lage bemerkbar sei. Die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland datire seit den neüiger Jahren. Ihre weitere Entwicklung wurde gedenkt durch das Aufstreben des Auszubildungsgesetzes, bei dessen Erlöschen gediens auch die Organisationen und entstehen eine rege Tätigkeit zur Besserung der Lage ihrer Mitglieder. Unter den vielen Einräumen, welche von den Gegnern der Gewerkschaftsorganisation erhoben wurden, sei einer der gebräuchlichsten der, die Arbeitseinstellungen wirken vertragend auf die Arbeiter. Dagegen sei festgestellt, daß Arbeitseinstellungen unorganisirter Arbeiter mehrfach sich unter Abschreibungen vollziehen. Als Delegierter zum Verbandsstag wurde der Kollege Ringer gewählt.

Gelnhausen. In Gelnhausen, einem 8000 Seelen zählenden Städte, das in dem nördlichen Rhöngebirge, dem Spessart und dem Vogelsbergkreise umschlossenen Einzugsraume liegt, hat seit ungefähr 10 Jahren aus der kapitalistischen Erzeugungswelt Güter aus, und die dort wohnenden Arbeiter vor die Post zur Wahrung ihrer Interessen die Bereitstellung erwarteten. Zuletzt hat Kollegen haben sich der Zahlstelle Bühlheim a. N. als Einzelmitglieder angehörigen und wollten aus, um eine wirkliche Agitation aufzuhalten zu können, die Gründung einer Zunftstelle bewertet. Die Versammlung war am 17. Juni geplant, ein Postal war zugesagt und als Referenten Frau Dr. Lübenbach gewonnen. Zunächst gies es jedoch bei der Abhaltung der Versammlung nicht so gut von Starten, wie es an anderen Orten zu gehen pflegt, sondern es war mit einigen Unzufriedenheiten verbunden, eine Erfreilung über die erzielte Annahme zu erhalten. Als man letztere endlich in den Händen des Betriebes war, legte dieser die Erziehung an, daß es nun nach Beurtheilung die richtige Schriftsetzung darin erblieben, wenn sie ein gegebenes Postal nicht halten; der Wirth erklärte, nachdem er erkläre, daß er sein Postal nicht hergab. Die Arbeiter wendeten an diesem Benehmen den Rücken müssen, daß der sehr verschuldete Inhaber des Betriebes wohl ebenfalls daran beteiligt, in seinem Sitz die Arbeiter als Gäste zu feiern. Es wird nun trotzdem getanzt, etwas mehr Platz in die Räume der besagten Arbeiter zu bringen, damit diese es einsehen, daß der materielle Postal in der Bereitstellung erledigt ist. Der Betrieb hat den Gewerkschaftskomitee erbeten, ungefähr 200 Mark und 15 Pfennig. Der ausführliche Postal ist 2,50—2,70 Mfl. Die Kosten erblieben 1,50 Mfl. Das Eintrittsgeld beträgt 11 Pfennig, Vereinsschichten, nichts.

mehr sie in anderen Fabrikten mögl. ab und zu findet, die darin bestehen, daß man den Arbeitern einen Raum zur Verfügung stellt, in welchem sie ihre Mahlzeiten einnehmen können, sind hier unbekannt, auch ein geeigneter Raum besteh. bislang für die Arbeiter noch nicht. In der elektrotechnischen Aktiengesellschaft arbeiten 60 Männer und 30 Frauen. Der Durchschnittslohn der Männer ist hier weit geringer, er beträgt 2,20 Mark. Die Frauen erhalten gar nur 1,30 und 1,40 Mfl. Nachschichten sind sehr oft zu machen. Wer von den Arbeitern sich weigert, Nachts zu schaffen, der soll sogar mit 1 Mark Strafe belegt werden. Wer 1/2 Stunde zu spät kommt, muß 25 Pf. Strafe zahlen. Es wäre wünschlich an der Zeit, daß die Arbeiter von Gelnhausen und Umgebung diese leineswegs günstigen Verhältnisse zu bessern anstreben.

Halle (Süd). Am 16. Juni tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Eintritt in die Tagessordnung wurde des Kollegen Schmidt gebucht. Als dritter Bevollmächtigter kam Kollege Emmerich in Vorschlag. Die Versammlung erklärte sich für Einführung der Arbeitslosenunterstützung und für Vereinigung der ungeliebten Arbeiter in einer Organisation.

Halle (Norden). Sonnabend, den 30. Juni, tagte unsere Mitglieder-Versammlung in der Sachsenburg. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen W. Herold erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Unter Verbandsangelegenheiten wurden die im "Proletarier" bekannte Anträge einer Befreiung unterzogen. Das Sommervergnügen wird auf den 29. Juli vertagt.

Hamburg. Die am 20. Juni tagende Mitgliederversammlung wählte den Kollegen Raths als Delegierten zum Verbandsstag und Kollegin Frau "Wihns" als Stellvertreterin. Alsdann erstattete Frau Brühns den Kartellbericht. Unter Anderem führte sie aus, daß in der Sitzung vom 6. Juni hauptsächlich die Paragraphen des Arbeitersekretariats behandelt seien. Ferner möchte sie betont, daß unter Antrag zu dem Paragraphen 9, daß die Arbeitszeit der Sekretäre Morgens eine Stunde später beginnen und Abends eine Stunde früher enden soll, vom Kartell abgelehnt sei. Kollege Bahlke wendete sich gegen die vertretene Ansicht, daß der Kollege, welcher Interesse an der Sache habe, Abends auch eine Stunde eher von der Arbeit weggehen könnte, und wenn man wegen des Auskunfts noch Arbeitszeit verschäumen sollte, dann brauchten wir überhaupt kein Arbeitersekretariat, sondern könnten anderswo hingehen, um an Auskunft zu holen. Den Kartellbericht vom 14. Juni erstattete Bahlke. Nachdem er unter Anderem ansprach, daß in dieser Sitzung den Gewerkschaften es anheim gegeben wurde, in ihren Versammlungen dahin zu wirken, daß die Mitglieder sich immer mehr den Ortskassenfassen anschließen, stellte er den Antrag, daß Frankenkassenfassen auf die Tagessordnung der nächsten Versammlung zu setzen und den Genossen A. von Elm als Referent einzuladen. Der Antrag wurde angenommen. Folgender Antrag gelangt zur Annahme: Zur Deckung der Kosten, welche das Arbeitersekretariat verursacht, werden Marfen à 5 Pf. verbraucht, davon hat ein jedes Mitglied pro Quartal 4 zu nehmen, hiervon werden 15 Pf. pro Quartal und Mitglied dem Kartell, der Überschuss aber der Lokalkasse überwiegen. Die Strafsteuermarken, welche seither üblich gewesen sind, fallen weg.

Hamburg-Uhlenhorst. In unserer am 14. Juni tagenden Mitgliederversammlung wurden die von den Bevollmächtigten gemeinsam ausgearbeiteten Anträge zum Verbandsstag nach unverbindlicher Debatte angenommen. Kollege Eggers begründet seinen in voriger Versammlung gestellten Antrag betreffend Erhöhung der Prozente für Lokalausgaben. Hierzu beantragt Kollege Zeuge folgende Resolution: In Erwögung, daß die kleinen Zahlstellen, um gute Agitation zu treiben, nicht mit den 33 1/3 %, welche für Lokalausgaben behalten, auskommen können, beschließt der Verbandsstag, die Prozente zu erhöhen. Der in Betracht kommende Gauvorstand ist verpflichtet, sobald eine Zahlstelle die Erhöhung beantragt, einen genauen Bericht über die Lage und den Stand der betreffenden Zahlstelle mit einem Vorschlage, um wieviel der Prozentsatz zu erhöhen ist, an den Vorstand einzufinden. Der Vorstand ist dann befugt, den Prozentsatz zu erhöhen. Die Resolution wurde abgelehnt. Als Delegierter zum Verbandsstage wurde Kollege Zeuge vorgeschlagen. Kollege Schmidt erstattet den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Die Abrechnung von der Vorsitzenden ist ungültig erklärt. Hieraus wird Kollege Gerdeus als Mitglied in das Festkomitee gewählt und beschlossen, in der nächsten Versammlung ein Referat über Darwin's Theorie zu hören.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 3. Juli referierte Referent Genosse Borchardt über: "Neutrale Gewerkschaften".

Am Punkt 2 erfolgte der Abrechnungsbericht vom 2. Quartal.

Beim 3. Punkt erstattete Kollege S. Bericht vom Gewerkschaftskartell, woraus hauptsächlich die Ausführungen über den Streik in der Aktienbrauerei interessant war. Die Direktion hatte pro Mann und Woche 2 Mfl. und für die Frauen 1,50 Mfl. mehr bewilligt, und hatte sie erklärt, die Arbeitswilligen noch wegen der Höhe der Anträge behalten zu müssen. Bei den Streikenden solle natürlich jeder seinen Platz wieder haben. Der erste Morgen, an dem die Streikenden wieder auftreten, belehrte sie eines anderen. Die Frauen, die jetzt 12 Mfl. erhalten, munkten die Arbeit verrichten, die sonst Männer für 18 Mfl. verrichtet hatten. Die Brauereiarbeiter und Arbeiterinnen wendeten sich wiederum an Gewerkschaftskartell und die Delegiertenversammlung beschloß, die Direktion am anderen Morgen noch einmal aufzufordern, die Arbeitswilligen zu entlassen, entspreche sie diesem Verlangen nicht, dann sei am Mittag die Arbeit einzutreten. Die Direktion hat nach Empfang der Anforderung noch einmal unterhandeln wollen, aber der Kartellvorsteher erklärte ihr, daß vor Entlassung der Arbeitswilligen hierzu keine Ursache vorhanden sei. Der Aktien-Bierkonzern ist infolge dieses Streiks natürlich ein sehr beschädigter, trotzdem noch nicht an die Bewohner Hamburgs appelliert ist. Dieses wird aber am Donnerstag, den 5. Juli, Abends in einer öffentlichen Volksversammlung geschehen.

Helfsbeck. Die Knorr'sche Fahrungsmitteilstaffel ist im vorherigen Jahre in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und daher nur genötigt, öffentliche Rechnung zu legen über ihre Geschäftsgeschäfte. Das geschieht jetzt erstmals. Erstgema die Umwandlung der Firma umfangreiche Neueinrichtungen und Umbauten mit sich brachte, so im letzten Geschäftsjahr doch ein Kapitalgewinn von 1.688.668 Mfl. erzielt worden, der nach Abzug großer Abschreibungen in einer Dividende von 10 Prozent an die Herren Aktionäre zur Vertheilung gelangt. Diese ehemaligen Herren, die in großer Selbstauspferfung den Erfolg der Arbeit für die Arbeitnehmer eintraten, wurden noch größere Besesse ihrer edlen Gesinnung liefern, wenn sie wenigstens einen bescheidenen Theil ihres ungelösten Gewinns darum verwenden wollen, die von den Arbeitern seit mehreren Wochen wiederholt trübsamen Arbeits- und besonders die Lohnbedingungen in ihrem Betriebe von Grund aus zu verbessern. Dringend notwendig wäre es, und die Gerechtigkeit würde das auch nicht verletzen.

Kassel. Die am 30. Juni abgehaltene öffentliche Versammlung war trotz der regen Agitation der Gewerkschaften sehr schwach besucht, was um so mehr zu bedauern ist, als die Wichtigkeit der auf der Tagessordnung stehenden Sache es jedem interessierten Arbeiter zur Pflicht machen würde, zu erscheinen. Lieber den Vorschlag des Referenten, der schlecht besetzten Versammlung halber den Bericht zu verlegen, einzupacken und eine Diskussion, in welcher beschlossen wurde, eine öffentliche Versammlung am 17. Juli zu ziehen. Der Referent ermahnte nun die Anwesenden, zu dieser Versammlung richtig zu agitieren, und giebt auf der Hoffnung hin, daß ein jeder seine ganze Kraft einsetze, damit die angefochtene

Verfassung einen besseren Erfolg habe. Hierauf folgte die Wahl von drei Komitee-Mitgliedern zur Theßlitzhyme an dem am 8. Juli stattfindenden Gewerkschaftstag, aus welchen die Genossen Beckmann, Hoffmann und Höger hervorgingen. Hierauf erfolgte um 10 Uhr Schlüß der Verhandlung.

Kolberg. In unserer letzten, wieder sehr schwach besuchten Versammlung wurde zuerst die Abrechnung vom Streik gegeben und auch für dieselbe Entlastung ertheilt. Sodann kamen unter "Innere Verbandsangelegenheiten" die Regulierung des Belegschaftsbeginnes und die Wahl für den 2. und 3. Revisor auf die Tagessordnung. Beide Sachen wurden aber bis zur nächsten Versammlung, die am 22. d. M. Nachmittags 3 Uhr, abgehalten wird, vertagt werden, weil allgemein angenommen wurde, daß von den anwesenden 16 Mitgliedern die Sache doch nicht so genügend und zum Wohl und Wehe der ca. 500 Mitglieder am Orte ausschlaggebend behandelt werden könnte. Für eine durch Krankheit in Roth gerathene Kollegin sollen freiwillige Beiträge erhoben werden. Zum Schluß wurden die Geschworenen noch ernannt, jetzt endlich mit Begleichung der Fahrtkostenbeiträge auszugehen, da der Tag der Weihe, der 16. September, bald heranrückte, und die Fahne noch bei Frau Grillenberger bestellt werden müsse.

Lehniu (Mark). Sonntag, den 1. Juli, tagte eine Versammlung der ausgesperrten Ziegelerbeiter, in der Kiel-Berlin referierte. Redner wendet sich zunächst gegen die Beziehungen der bürgerlichen Kreisblätter, welche in allgemeiner Weise den sozialdemokratischen Kreisverband in Hannover für die Aussperrung verantwortlich machen, also die Thatsachen gerade auf, den Kopf stellen. Aller voran erinnerte sich das sogenannte Betriebsamt Potsdams aus. Redner legte an der Hand von Beweisen die Entstehungsurssachen der Aussperrung dar. Die Arbeiter, welche unter dem Druck der langen Arbeitszeit von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends stehen, hatten trotz wiederholter Warnung des Verbandsvorstands erklärt, in den Streik einzutreten zu wollen, selbst auf die Gefahr hin, keine Unterstützung zu erhalten. Die Böhne bezogenen teilweise 1 Mfl. 20 bis 1 Mfl. 50 pro Tag, der Stundenlohn 12 Pfsg. Die Arbeiter der Professioen Ziegeler verklangten pro tausend Steine: für Streicher, Karren u. s. w. 1,20 Mfl. gegenüber dem früheren Preis von 1,10 Mfl. Hierzu sei festgestellt, daß in den Ziegeleien von Werder, Glindow u. s. w. bereits ein höherer Preis pro Kauf aufgezahlt wurde, als der von den Lehniener Ziegelerarbeitern verlangte. Als den Arbeitern die Forderung in der schroffesten Form verneigt wurde, kündigten die Arbeiter der Professioen Ziegelei und 14 Tage später wurden sämtliche Ziegelei-Arbeiter Lehnius und der Umgegend ausgesperrt. Dies der tatsächliche Sachverhalt. Die Ausgesperrten hatten inzwischen in den Ziegeleien von Glindow, Rehe, Werder u. s. w. Arbeit gefunden, allein sie wurden durch die Praktiken des Unternehmers, durch Steckbriefe, wieder aus der Arbeit gebracht. Redner forderte angesichts dieser Thatsache die Anwesenden auf, aus diesem Vorgehen der Ziegelei-Besitzer Belehrung zu ziehen und fest zusammen zu stehen gegen die Feinde der Arbeiter. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß Herr Saran wünscht, die Polizei möge scharf auftreten und diejenigen Arbeiter bestrafen, welche versuchten, mit den von auswärts hinzugezogenen Arbeitern zu sprechen. Diese Ausführungen wurden mit begreiflicher Entrüstung aufgenommen, und einzelne der auswärtigen Arbeiter erklärten, unter diesen Umständen abreisen zu wollen. In seinem Schlußwort riefte der Redner noch einen Appell an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und forderte dieselben auf, zu ihrem Verband zu stehen.

Lüneburg. Sonntag, den 10. Juni, tagte in der "Lamberti-Halle" unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zu Punkt 1 der Tagessordnung, Bericht von der Agitationstour, teilte der erste Bevollmächtigte mit, daß am selben Tage eine Hausagitation stattgefunden hat, wobei 20 Personen in den Verband aufgenommen wurden. Nachdem die Wahlkommission gebildet, wurde der Kollege Hartmann einstimmig als Delegierter gewählt, auch fanden noch einige Anträge Annahme, die dem Verbandslage unterbreitet werden sollen. Zu Punkt 3 "Verschiedenes" wurde über die hiesigen Bohn- und Arbeitsverhältnisse lebhaft diskutirt, auch wurde noch von den Kollegen Seidenbuch und Böger aus Hartburg eine weitere Agitation empfohlen, auch wurde noch betont, daß die hiesige Zahlstelle leicht zu einer kampfsläufigen Zahlstelle umgeworfen werden könnte, wenn jedes Mitglied nur seine Pflicht und Schuldigkeit dem Verband gegenüber thue, was bis jetzt leider nicht der Fall war, trotzdem hat die hiesige Zahlstelle in 2 1/2 Monaten eine Zunahme von 70 Mitgliedern zu verzeichnen.

Mersburg. Am Freitag, den 29. Juni, tagte in der "Guntendung" eine öffentliche Versammlung, in welcher Frau Bieck über das Thema: "Der Kampf ums Dasein" referierte. Redner zeigte in ihrem 1 1/2 Stunden, schieden Vortrag an mehreren Beispielen, daß die Organisation das beste Mittel sei, um uns dem Kampf ums Dasein zu erleichtern, und forderte die anwesenden Nichtorganisierten auf, in den Verband einzutreten. Es liegen sich 6 neue Mitglieder aufnehmen. Nachdem der 1. Bevollmächtigte die Mitglieder noch ermahnt hatte, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

München. (Die Scharmacher an der Arbeit.) Wie schon in der vorletzten Nummer des Proletarier mitgetheilt, besteht im Stadthaus die Absicht, für die verschiedenen Gruppen der städtischen Arbeiter neue Arbeitsordnungen einzuführen. Die Veröffentlichung dieses Entwurfs stand lebhaftes Interesse, vor allem bei dem Unternehmerthum, d. h. jenem Theil der Münchener Arbeitgeberthum, der am besten bezeichnet ist mit dem Sammelnamen Scharmacher. Diese Herren, die stets engstlich darüber wachen, daß nichts geschieht, was auch nur im entferntesten so aussicht, als könnte es unter Umständen den Profit und die Herrschaft ein klein wenig beeintrüben, soeben rathlos und frustriert zu Gericht über die verordnete Arbeitsordnung und über die Kommissionen, die so umstritten werden. Wenige Tage nachher befand sich eine schneidige Abstimmung der Scharmacherschaft im Einlaufe des Gemeindetags. Diese Zuschrift wollen wir hiermit der breiteste Öffentlichkeit übergeben, damit unsere nordischen Kollegen sehen, daß auch in Süddeutschland der Schleißstein gedreht wird. Im ersten Linie beschweren sich die Arbeitgeber, daß ihnen der Entwurf nicht unterbreitet wurde, und betonen, daß sie sich gleichwohl für bestmöglich, ja verpflichtet fühlen, an dem Entwurf Stellung zu nehmen. Hierauf geht es natürlich weiter: Es steht nämlich außer allem Zweifel, daß eine von der privaten Arbeitsordnung grundverschiedene Arbeitsordnung des hochlöblichen Stadtmagistrats nicht ohne Einfluß auf die Bahn- und Arbeitsverhältnisse der in den privaten Betrieben beschäftigten Arbeiter bleiben kann. So, wir gehen wohl nicht mit der Annahme fehl, daß dieser Einfluß von den Aufstellern des Entwurfs geradezu gewollt ist. Dazu kommt, daß die Gerichte bei Erförderung und Feststellung der Rechte des Arbeiters im Sinne des § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches: Verträge sind so auszulegen, wie Treue und Glauben mit Rücksicht auf die Rechte des Arbeiters es erfordern, leicht auf die Einrichtungen des größten Arbeitgebers zurückgreifen können. Die Mitglieder der ergebnisreichen Gewerkschaften werden wohl kaum bestreiten, daß die Gewerkschaften, die von den Gewerkschaften dieser neuen Arbeitsordnungen in hohem Maße interessirt, Glauben wir so unter Recht genügend nachgewiesen zu haben, zur Freiheit zu nehmung, so leitet sich unsere Pflicht hierzu aus der Überzeugung ab, daß zunächst das Gewerbe Münchens, sollte die Arbeitsordnung des Stadtmagistrats darauf Einführung gewinnen, eine schwere Schädigung erleidet. Und hierbei vertreten wir nicht einseitige Interessen, sondern allgemeine, die der Konsumenten, denen Arbeitgeber

und Arbeitnehmer in gleichem Maße bilden müssen, müssen sie sich nicht aus dem sozialen Zusammenhang lösen. Wir wählen hierbei auch die Interessen der ganzen Bürgerschaft, die als Steuerzahler für die Wehrkosten der neuen Arbeitsordnung aufzutreten haben, und helfen damit verhindern, daß zur Wahrheit werde, was eine gewisse Partei und Kreis so gesellschaftlich behauptet, nämlich sei die heutige Stadt Deutschlands. Der hochlöbliche Stadtmagistrat befindet sich den privaten Betrieben gegenüber stellich in einer ganz anderen Situation, er zählt für seine umfangreichen Regierungen keine Steuer und hat seinen Auftraggeber, der Bürgerschaft gegenüber das Recht der Umlageverhinderung, erdetzt einfach aus Aulak der Lohn erhöhung seiner sämtlichen Lohnarbeiter eine Erhöhung der Gemeindeumlage um 1 oder mehr Procente. Aus diesem Rechte des hochlöblichen Magistrates scheint uns allerdings auch eine Verpflichtung zu erwachsen, daß er sich bei der Verminderung der öffentlichen Mittel nur von den Gegebenen der Willigkeit und Gerechtigkeit leiten lasse. Wenn wir nun den Entwurf einer neuen Arbeitsordnung für die Lohnarbeiter des Städtebaus mit Rücksicht auf diese Weise ins Auge fassen, so erhebt vorzunehmst die Frage, ist die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig, billig und gerecht? Hier folgen die bekannten Redensarten der im übrigen Profit befürchteten Unternehmer, die durch Zufolge von Beispielen schon längst widerlegt sind, worauf es wieder heißt: Nun wollen wir den Arbeitern des Städtebaus durchaus nicht nahtreten, ob aber jemand, der städtische Arbeiter im Werke sah, schon den Eindruck gewonnen hat, die Leute wollen durch ihren Dienstleistung sich einer Begünstigung würdig erweisen, möchten wir doch dahin gestellt sein lassen. Zum mindesten erscheint es uns aber geradezu als ein unsittliches Prinzip, die Entlohnung nicht der Arbeitsleistung anzupassen, und wo diese nach der Arbeitszeit bemessen wird, die Entlohnung für eine längere Zeit an gewähren, als wirklich gearbeitet wird. Es führt dieses in seinen Konsequenzen in Privatbetrieben wenigstens zu falschen Einträgen in Listen und Büchern und zu völlig unbegründeten und darum rechtshambrigen Ausschreibungen gegenüber den Konkurrenten, den Auftraggebern. Nun sieht aber der Entwurf einer neuen Arbeitsordnung für die Lohnarbeiter des Städtebaus eine neuneinhalbständige Arbeitszeit bei zehnständiger Bezahlung vor. Auch gegen die Bezahlung des halben Tagelohnes an Wochenfeiertagen protestieren die Unternehmer, und den Mitgliedern der sozialen Kommission wird gesagt, daß der von ihnen eingeschlagene Entwurf kein Muster bilde, sondern nur im Stande sei, mit Rücksicht auf die verschiedenen Behandlung städtischer und privater Arbeiter sozialen Unfrieden zu lösen. Die beschäftigte Einführung eines Minimallohnes werde von der Arbeitgeberchaft der ganzen Welt verhindern, und dessen Festlegung in dem Entwurf steht im schroffen Widerspruch zu allem Denken und Fühlen — in Arbeitgeberkreisen. Kommentar überflüssig. Arbeiters Münchens, wacht auf und geht dieser Scharfmacheruppe die richtige Antwort. Erretet massenhaft in Eure Berufsorganisation.

Rowaues. In der am 13. Juni tagenden öffentlichen Bauarbeiterversammlung gab Kollege Ebert Bericht über den Stand des Streits. In Potsdam sind 90 Kollegen in den Außstand getreten, davon arbeiten 10 zu den neuen Bedingungen, 16 sind abgereist. In Rowaues sind 92 Kollegen am Streit beteiligt, 7 davon arbeiten zu den neuen Bedingungen. Hieraus wurde folgende Resolution angenommen: "Die Versammlung beschließt, den Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu benachrichtigen, daß die streikenden Arbeiter jederzeit geneigt sind, über die Forderungen in eine Verhandlung einzutreten und eine Vereinbarung herzustellen." Der Kollege Ebert ermahnte die Anwesenden, ruhig und besonnen zu bleiben und fest zu den Forderungen zu stehen. Mit einem "Vor" auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Olsdorff. Am 14. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung. Dem zweiten Bevollmächtigten wurden pro Quartal 5 M. als Monatsgeld bewilligt. Dem Delegierten des Kartells und den Bevollmächtigten werden für die Teilnahme an den kombinierten Vorstandssitzungen 1 M. bewilligt. Für die Ortschaft Glashütte wird noch ein Hilfsstifter gewählt, und zwar der Kollege Liebemann. Der Kollege St. giebt seiner Verminderung darüber Ausdruck, doch noch keiner der Friedhofsarbeiter sich über die Arbeitsverhältnisse am Ort ausgelassen habe, obwohl zu einer Aussprache Bereilassung vorliege. Kollege St. räumt ein, daß Mitglieder vorhanden sind, will aber erst nach längerem Bestehen der Zahlstelle diese einer Kritik unterziehen.

Gr. Ottersleben. Sonntag, den 17. Juni, tagte unsere Mitgliederversammlung, in der die Abrechnung vom ersten Quartal vorgelegt und der zweite Bevollmächtigte entlastet wurde. Die Versammlung wählte als Delegierten den Kollegen Göde. Dann wurde die Abhaltung eines Sommerfestes für den 22. Juli beschlossen. Zum Schlusse wurden die Versammelten aufgefordert, die Versammlungen regelmäßiger zu besuchen.

Podebach. Am 1. Juni tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung. Im ersten Punkt wurde Kollege Karl Leichter für Hinterwalde als Hilfsstifter gewählt. Kollege Müller-Höldendorf und Kollege Grude-Syndomsame erklärten sich bereit, ihr Amt als Hilfsstifter weiter zu führen. In Verbandsangelegenheiten wurde der Bevollmächtigte beauftragt, sich mit dem Vorstand in Verbindung zu setzen, um in nächster Zeit einen Referenten zu schicken. Ferner wurde beschlossen, einem jeden durchtreifenden Kollegen eine Mark Reisegegenwart zu gewähren, welches beim 2. Bevollmächtigten, Kollegen Wilnow, ausbezahlt wird.

Potsdam. Montag, den 11. Juni, Vormittags 10 Uhr, tagte in Closer's Saal eine Versammlung der Bauarbeiter. Der Vertreter Kollege Ebert erstattete Bericht über das Ergebnis der am 10. Juni mit dem Arbeitgeberverband gesetzten Unterhandlungen. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes erklärte sich bereit, daß vor der Lohnkommission am 10. Mai abgeänderte Schreiben anzuerkennen, womit aber die Versammlung, die von 500 Personen besucht war, sich nicht einverstanden erklären und auf voller Erfüllung bestand. Im Verlaufe der Verhandlungen gab Kollege Ebert bekannt, daß bereits 3 Arbeitgeber die Forderungen bewilligt haben. Darauf nahm Kollege Behrend-Berlin das Wort und schilderte in langem Vortrage die Bedeutung der Organisation, die Kollegen ermahnen, jetzt an den gestellten Forderungen zu halten. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Arbeit nicht eher anzunehmen, bis die Rohrförderung bewilligt ist, und beantragte die Kommission, sofern Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband angubahnen. Der Referent erinnerte die Anwesenden, den Streit in Ruhe und Besonnenheit zu führen.

Potsdam. Am 29. Juni tagte eine öffentliche Versammlung, welche als Punkt 1 Bericht von den Verhandlungen des Gewerbegeichts brachte. Es wurden dabei in erster Linie die Streitpunkte, aus denen der Streit der Bauarbeiter entstanden ist, einer gründlichen Besprechung durchgetragen, jedoch erläuterte unsere Kommission, daß die Punkte, welche bei den vorangegangenen Verhandlungen festgelegt sind, heute noch Gegenstand des Streits nicht mehr in Betracht kommen. Wir würden jetzt für unsere volle Forderung eintreten, welche jedoch von Seiten der Arbeitgeber nicht anerkannt wurde; es wurde aber darauf hingewiesen, daß bei dem Gang der Verhandlung doch für beide Theile ein günstiges Resultat zu Stande gebracht werden könnte. Donnerstag, den 5. Juli, soll der Schiedsgerichtsentscheid gefällt werden, welcher hoffentlich den Arbeitern günstig sein wird. Kollege Berndt-Berlin legte noch die einzelnen Punkte klar und bekräftigte, daß der Streit durchaus nicht ungerechtfertigt sei,

er kritisierte die Maßregelungen, welche von den Arbeitgebern vorgenommen werden, wie diese mit derartig ungünstigen Mitteln die Arbeiter zwingen wollen, damit sie wieder zur Arbeit zurückkehren müssen, so kommt es bei einem derartigen Ausstande nicht in Betracht. Die Kollegen sind gewillt, auch fernherhin einsichtig festzuhalten wie bisher. Es wurde der Antrag gestellt, den Kollegen Berndt bei der Sitzung auf dem Gewerbegeicht mit hinzuzuziehen, welcher einstimmig angenommen wurde.

Rothenburgsort. In unserer am 4. Juli bei v. Eigen abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt die Genossin Frau Steinbach einen sehr lehrreichen und überzeugenden Vortrag über den Konsum-, Bau- und Sparverein "Produktion". Dieser Vortrag hatte den Erfolg, daß sofort 21 der anwesenden Mitglieder dem genannten Verein beitreten. Den Kartellbericht, welcher sich ausschließlich auf das Regulativ für das Arbeiterselbstverständnis bezieht, erstattete Kollege Schwarz. Von der kombinierten Vorstandssitzung berichtet Niemann. Zur näheren Untersuchung eines von der Witwe Thron eingereichten Unterstützungsgefaßes wurde eine Kommission von 3 Personen gewählt. Kollege L. Schwarz wünscht, daß ausführlichere Sammlungsberichte in der Presse veröffentlicht werden. Es hält es für ausreichend, wenn nur die in der Versammlung gesuchten Beschlüsse kurz veröffentlicht werden, weil der Raum in unserer Arbeiterpresse für Dinge, die nicht von allgemeinem Interesse sind, zu wertvoll sei. (Sehr richtig! D. R.) Nachdem noch mitgebracht war, daß unsere nächste Versammlung am 25. Juli stattfindet, erfolgte Schluß der Versammlung.

Schlendin. In unserer letzten Mitgliederversammlung, welche bezüglich der Wichtigkeit der Zahlstelle entsprechend gut besucht war, kam es zu einer lebhaften Diskussion über die beim Vorstande von den verschiedenen Zahlstellen eingereichten Anträge. Da die Mitglieder es ablehnten, in eine Wahltagung einzutreten, so wurde beschlossen, den für unser Kreis gewählten Delegirten zu beauftragen, für die ihm gut und zweckmäßig erscheinenden Anträge mit aller Energie einzutreten. Des Weiteren wurde die Wahl eines Revisors und eines Gewerkschaftskartelldelegirten vorgenommen und Kollege W. Dorn zum ersten Posten in Vorschlag gebracht und Kollege Jäger zum Delegirten zum Gewerkschaftskartell gewählt. Nachdem noch die Verhältnisse der Weber'schen Pappefabrik einer kritisch unterzogen und 2 Kollegen sich in den Verband hatten aufzunehmen lassen, sprachen sich sämtliche Kollegen dahin aus, durch unermüdliche Agitation zur Hebung der Zahlstelle resp. des Verbandes ihr Möglichstes beizutragen.

Sehu-Jahre gewerkschaftlicher Entwicklung. So besteht sich ein Büchlein, das 54 Seiten umfaßt, und als getreutes Bild die Kämpfe und Fortschritte wieder spiegelt, welche unsere Zahlstelle Harburg in dem Zeitraum von 1890 bis 1900 durchgemacht hat. Das Büchlein ist im Auftrage der Zahlstelle Harburg herausgegeben, und hat unsern, auch in weiteren Kollegenkreisen durch sein Mitarbeiten auf den Verbandstagen bekannt gewordene Kollegen H. Martens zum Verfasser. Der Kollege, welcher selbst lange Jahre als Bevollmächtigter der Zahlstelle Harburg in dem Zeitraum von 1890 bis 1900 dient hat, hat die ihm gestellte Aufgabe glänzend gelöst und ein Büchlein geliefert, das nicht nur von jedem Harburger Kollegen erworben und gelesen werden sollte, sondern das auch den Mitgliedern unserer übrigen Verbandsorte des Lebens- und Wissenswerthes in reicherlicher Fülle bietet.

In der Vorgeschichte der Harburger Verbandsbewegung belehrt uns Martens, daß die ungelehrten Fabrikarbeiter von Harburg sofort nach Aushebung des Koalitionsverbotes in Preußen eine Organisation gründeten. Diese schloß sich dem Zentralverbande der Hand- und Fabrikarbeiter Deutschlands an, welcher unter der Leitung von Karl Klein stand, und brachte es schon auf 500 Mitglieder. Leider wurde seine Wirklichkeit, zu der auch die Gewährung einer Krankenunterstützung gehörte, durch die im Jahre 1871 erfolgte Auflösung untergraben. Als dann am Ende der 80er Jahre die ungelehrten Arbeiter in mehreren Städten sich in Volksorganisationen organisierten, ließen auch diejenigen in Harburg nicht auf sich warten. Eine am 20. November 1888 bei starker Beihilfung tagende Versammlung beschloß die Gründung eines Volksvereins, dessen Mitgliedsbestand sich schon nach kurzer Zeit auf 2000 belief. Es wird alsdann ausgeführt, wie ein mangelshaft vorbereiteter, ungenügend organisierter Streit bei der deutsch-amerikanischen Petroleumsgesellschaft begann, daß die Mitgliederzahl auf 300 zusammenschmolz. Nachdem im Juni des Jahres 1890 der Verband gegründet war, beschloß der Volksverein mit 270 Mitgliedern den Einschluß. Der wirtschaftliche Niedergang hatte den Verein dezimirt, der zehnte Theil war abtrünnig geworden. Da setzten die Harburger Kollegen mit der Hausagitation ein. Diese und ihre Ergebnisse werden eingehend geschildert, und schon deshalb verdient das Büchlein einen weiten Leserkreis. Dann folgt ein Bericht über die örtlichen Wohn- und Arbeitsbedingungen, eine Darlegung der wirtschaftlichen Kämpfe, welche die Mitglieder der Zahlstelle durchgesiegt haben; auch die polizeilichen und gerichtlichen Schwierigkeiten, so man der Zahlstelle bereitet, besonders die polizeiliche Schließung, erhalten gehörige Bildung. Der Statistik über Wohn- und Arbeitszeit ist gebührend Raum gewidmet. Eine Tabelle über die Bewegung der Mitglieder und die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle in den zehn Jahren zeigt, daß die Gesamteinnahme im Jahre 1890, 4. Quartal, 110,75 M. betrug; an die Verbandsstasse wurden 6,40 M. abgeführt. Die Abrechnung für das gleiche Quartal im Jahre 1899 bezeichnet die Gesamteinnahme auf 2806,15 M.; der Verbandsstasse wurden 1853,43 M. abgeführt. Das Büchlein lehrt, wie Energie, Überzeugungstreue, Liebe zur Gewerkschaftslinie und Ausdauer alle Schwierigkeiten überwinden. Die Ausstattung läßt — von einigen Spuren, die von dem Wandeln des Segenwels' Kenntnis geben, abgesehen — nichts zu wünschen übrig. Der Preis beträgt 10 Pf. pro Exemplar, ausschließlich Porto. So wünschen wir dem Leser einen großen und aufmerksamen Lesefreizeit.

Sterbetafel.

S. II. 09732. H. Sattermann aus Elsdorf, geb. am 20. Februar 1870, eingetreten am 1. Januar 1896, gest. zu Elsdorf am 18. Juni 1900.
09806. Georg Schröder, geb. am 31. Januar 1859 zu Harburg, eingetreten am 5. Januar 1886, gestorben am 24. Juni 1900.

02080. J. H. Orlitzky, geb. am 22. Februar 1863, eingetreten in Warne am 1. 8. 1897, gestorben am 23. Juni 1900 zu Warne.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Osterwick (Hörz). Das Reisegeschäft wird bei Emil Hähne, Teichstrasse 7, ausbezahlt.

Hannover. Das Reisegeschäft wird Klostergang 4 in der Gastwirtschaft von Böttcher ausbezahlt.

Verlorene und für ungültig erklärt Bücher.

S. II. S.-Nr. 2351, ausgefallen für Ernst Gayder, am 11. 9. 94 zu Hirschberg.

Abrechnung.

Seit dem 27. Juni gingen folgende Verträge ein:
Ehingen 55.— Harburg 1915, 31. Bellingen 29,55. Oberstedt 78,30. Parey 17.— Barth 30,90. Schweinfurt 27,85. Hamm 417,35. Dissen 390,39. Frankenthal 145.— Darmstadt 42.— Harburg 191,06. Landsberg 733,29. Neu-Werben 49.— Kaiser-Wilhelm 30,30. Marburg 591,95. Hamburg St.-G. 491,60. Uetersen 48,90. Sternburg 6,55. Rothenburgsort 0,75 M. für Justiz. Stolberg 77,14 M. vom Streik zurück.

Schluss Dienstag, den 10. Juli, Mittags 12 Uhr.

Abrechnung

des Bauarbeiter-Streiks in Solberg 1900.

Einnahme:

5. Mai	von der Hauptkasse erhalten	800,— M.
		800
		202,25
11. Mai		800
		800
18. Mai		574,50
20. April		800
27. April		16,55
		800
		800
26. Mai		30,—
16. Juni	Vom Gewerkschaftskartell (auf Sammellisten)	19,85
		22,85
	Für ein zuviel geschnetes Kind zurück	—,75
		Summa 8930,99 M.

Ausgabe:

Auf Auszahlungsliste Nr. 1	113,— M.
2	786,50
3	1196,65
4	46,70
5	1658,05
6	1519,10
7	1040,65
8	145,60
9	759,50
10	432,50
Unk. Knick auf 9 Wochen	153,—
egira	15,—
Volat-Untlosten	58,50
für Porto- und Depeschen-Auslagen	17,05
Otto	7,10
Brandt	1,85
Volat-Untlosten	1,—
5000 Stück Flugblätter	22,—
Un die Volat-Kommission	6,15
Für Aufrechnung der Auszahlungs-Listen	10,—
Un Schachmeister Dosi (8. Mai)	195,—
Wenzel (21. Mai)	85,—
Richter (16. Mai)	30,—
Arbeiter Hofmann (21. Mai)	2,—
9 Polen als Reisegeld à 7,20 M.	64,80
Büßlicher Arbeiter	4,95
Bahngeld à 5,40 M.	48,60
Bugereiste (Safotigung)	2,35
Nachzug auf Streikliste Nr. 10	6,—
	Summa 8428,60 M.

Abschluß:

Einnahme	8930,99 M.
Ausgabe	8428,60
Überschub	502,39 M.
Bauarbeitsland	77,64
Demnach entwendet	424,75 M.

Beruhende Abrechnung ist von uns geprüft und anerkannt.

Solberg, den 27. Juni 1900.

Das Gewerkschaftskartell.

Albert Brandt, Revisor.

Paul Knick, 1. Bevollmächtigter, Streitleiter.

Emil Otto,

Gymnastique.

Abschaltung für das 1. Quartal 1900.

Einführung.

B a h l s t e l l e n .	Quartals-Nr.	Eintretts- geld		Zahl- ber. Beiträge		Beiträge		Beiträge		Extra- beiträge		Sonstige Zah- nahmen		Rassetts- Bestand v. vor. Quartal		Gesammt- Zah- nahmen		Abwachst- an die Verbands- kasse		Reise- unter- stützung		Sola- räge		In den Zahlst. zurhalde- n behalten		Gesammt- Ausgaben		Zahl der Streit- fonds.		Zahl der Mitglieder		Zahl der Mitglieder		5%		Summe	
		Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.						
Altona	1.	1.	—	1145	171	75	410	30	75	—	—	—	—	205	60	131	70	4	30	67	50	203	50	16	65	137	49	6	75	14	5						
Altenburg	1.	1.	5	60	220	80	242	15	90	—	—	—	—	242	99	155	58	7	82	71	36	242	99	11	55	157	12	7	84	5	10						
Augsburg	1.	1.	5	40	327	49	85	58	4	35	—	—	—	—	73	41	34	62	3	28	8	26	73	41	1	1	77	4	10								
Alten	4.-1.	1.	5	—	1362	204	30	50	—	—	—	—	209	30	141	20	29	80	16	68	10	30	209	30	5	55	21	5	35								
Alsfeld	1.	1.	2	20	70	10	50	—	—	—	—	—	—	11	70	52	10	7	40	50	16	30	104	07	1	10	135	40	40								
Gr.-Ammensleben	1.	1.	3	—	301	45	15	20	—	—	—	—	104	97	31	50	2	4	60	85	16	60	272	90	4	85	38	8	27								
Ahendorf	1.	1.	15	80	1566	234	90	25	296	—	—	—	—	272	90	182	90	20	30	45	75	21	4	90	104	44	17	—	—	—							
Aschersleben	1.	1.	11	80	335	50	25	—	—	—	—	—	—	62	06	40	22	50	—	10	14	6	15	44	40	25	50	58	17	8							
Arenstadt	1.	1.	—	200	30	30	—	—	—	—	—	—	1157	98	764	19	11	57	381	57	—	1157	33	49	45	612	304	182	2	38							
Erkendorf i. R.	1.	1.	—	91	13	65	—	—	—	—	—	—	576	25	381	10	16	178	95	55	—	1306	65	29	35	590	1720	15	15	14							
Altenglan	1.	1.	—	20	152	19	80	—	—	—	—	—	19	80	13	20	—	6	60	—	—	19	60	5	50	76	94	1	1	42							
Altthaldensleben	4.	1.	—	—	436	65	40	—	—	—	—	—	73	60	56	60	—	17	37	80	—	20	125	40	410	937	58	72	12								
Anderten	1.	1.	8	20	564	84	60	—	—	—	—	—	37	126	40	998	80	12	10	476	6	15	20	1484	15	3	3	60	13	15							
Biebrich a. Rh.	1.	1.	56	80	9119	1367	85	794	59	55	—	—	—	1484	20	998	19	11	57	381	57	—	1157	33	49	45	612	304	182	2	38						
Braunschweig	1.	1.	2	—	115	17	25	—	—	—	—	—	1157	98	764	19	11	57	381	57	—	1157	33	49	45	612	304	182	2	38							
Bielefeld	1.	1.	12	60	7286	1092	90	691	51	83	—	—	—	576	25	381	10	16	178	95	55	—	1306	65	29	35	590	1720	15	15							
Bremen	1.	1.	39	40	3358	503	70	442	33	15	—	—	—	136	66	512	36	241	30	7	80	98	93	164	33	512	36	24	55	180	43	11					
Barmbeck	1.	1.	9	—	7343	1101	45	2616	196	20	—	—	—	3	32	56	70	40	60	—	16	5	80	6	73	25	53	140	56	14	6						
Bockenheim	1.	1.	8	40	322	48	30	—	—	—	—	—	7	73	25	58	10	—	3	—	—	—	39	74	80	—	670	47	4	96							
Brinkum	1.	1.	—	40	110	16	50	12	—	—	—	—	—	5	32	56	70	40	60	—	16	5	80	6	73	25	53	140	56	14	6						
Borby	1.	1.	14	80	400	60	—	—	—	—	—	—	58	40	20	30	117	36	56	58	187	52	46	209	30	20	29	299	15	15							
Bürgel a. M.	4.-1.	1.	1	80	950	142	60	88	6	60	—	—	—	134	57	714	57	388	74	3	56	187	52	46	209	30	20	29	299	15	15						
Bernburg	1.	1.	16	30	3694	554	10	120	24	—	—	—	—	136	66	512	36	241	30	7	80	98	93	164	33	512	36	24	55	180	43	11					
Bremen	4.	1.	7	20	2754	413	10	320	20	40	—	—	—	7	73	25	58	10	—	3	—	—	—	39	74	80	—	670	47	4	96						
Berlin	1.	1.	20	40	2136	320	40	272	20	40	—	—	—	5	32	56	70	40	60	—	16	5	80	6	73	25	53	140	56	14	6						
Bitterfeld	1.	1.	7	20	1555	233	25	28	—	—	—	—	—	2	51	47	91	24	88	4	2	28	83	10	147	33	512	36	24	55	180	43	11				
Bugtehude	1.	1.	—	40	285	42	75	—	—	—	—	—	2	25	58	60	40	60	—	16	5	80	6	73	25	53	140	56	14	6							
Barmstedt	1.	1.	—	20	249	37	35	30	—	—	—	—	—	1	50	13	13	—	—	—	—	22	12	5	99	15	15	115	28	10	25						
Blankenburg . . .																																					

Ginnahme.

Ausgabe.

Satzstellen	Nr.	Ginnahme.				Ausgabe.																		
		Eintritts- geld	Zahl der 15 Pf. Beiträge	Beiträge	Zahl der 7½ Pf. Beiträge	Beiträge	Extra- Beiträge	Sonstige Ginnahmen	Burtsch- schaft d. vor. Quartal	Gesamt- Ginnahmen	Abgeschafft an die Verbands- feste	Steuer- unter- führung	Total- Aus- gaben	In den Babstift zurück- behalten	Gesamt- Ausgaben	Gür- den Streit- fonds	Gürtel- mitglieder	Gürtel- mitglieder	5%	Ges.				
Quartal	Q.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.			
Berlin	1.	5	-	576	86	40	88	6	23	-	-	8	20	105	88	66	75	-	16	82	22	26		
Bauernburg	1.	8	60	1113	166	95	189	14	17	-	-	189	72	124	45	4	90	60	37	2	04	15		
Leisnig	1.	2	80	83	12	45	-	-	-	-	-	15	25	11	45	-	-	1	76	32	30	1		
Leubnitz	1.	6	20	174	26	10	-	-	-	-	-	32	30	23	80	-	-	8	50	3	10	20		
Leubnitz	1.	19	20	628	94	20	-	-	-	-	-	117	-	82	-	-	-	31	40	3	10	31		
Leubnitzberg	1.	5	80	768	115	20	66	4	95	-	-	131	50	80	35	-	6	94	37	05	14	10		
Meißen	1.	1	-	318	47	70	-	-	-	-	-	55	24	33	40	-	-	15	90	24	20	5		
Moritz	1.	1	-	318	47	70	-	-	-	-	-	245	20	165	60	-	-	297	50	-	-	245		
Mühlheim a. M.	4.-1.	5	20	1558	233	70	84	6	30	-	-	729	40	491	90	-	2	50	22	85	20	14		
München I.	1.	12	40	4706	705	90	68	6	60	-	-	14	10	141	45	85	90	-	161	28	235	31		
München II.	1.	3	-	829	124	35	-	-	-	-	-	206	86	794	99	385	57	12	88	141	45	13	10	
Magdeburg	1.	18	80	3637	545	55	313	23	47	-	-	397	77	271	13	1	42	125	22	397	77	15		
Mannheim	1.	21	40	2478	371	70	53	28	12	-	-	36	13	496	15	328	52	-	132	87	34	76		
Märkischstädt	1.	61	20	2470	370	50	876	1	20	-	-	20	-	70	50	-	-	78	80	-	-	249		
Münden II.	1.	12	60	1568	235	20	16	-	-	-	-	-	-	249	30	170	50	-	70	75	-	18		
Mülhausen	1.	-	40	469	70	35	-	-	-	-	-	-	-	70	75	47	40	-	23	45	-	40		
Mündenheim	1.	-	60	390	58	50	-	-	-	-	-	-	-	84	07	38	25	-	26	78	-	35		
Mündenleben	1.	12	40	1107	177	05	136	10	20	-	-	35	10	234	75	187	25	-	37	35	-	35		
Mündensleben	1.	2	80	837	125	55	39	3	30	-	-	140	-	439	90	204	6	54	42	82	-	131	30	
Mielkeln	1.	16	-	800	120	-	44	-	-	-	-	-	-	139	30	98	20	-	41	10	-	139	30	
Niedenburg a. S.	1.	5	20	1474	221	10	-	-	-	-	-	-	-	227	49	153	79	-	11	75	17	-	143	
Nennslingen	1.	1	20	230	34	50	10	-	-	-	-	-	-	56	81	19	36	-	55	81	-	21	1	
Renstadt i. G.	1.	2	40	271	40	65	-	-	-	-	-	-	-	16	80	85	58	-	16	66	5	1	35	
Überwesel a. G.	1.	1	20	224	38	60	21	1	57	-	-	30	5	54	82	46	16	5	67	82	4	45		
Oberwesel	1.	5	20	408	61	20	123	9	22	-	-	-	-	71	62	48	16	-	23	46	-	22	22	
Ottensen	1.	5	20	1420	213	-	398	29	85	-	-	-	-	248	05	167	10	-	80	95	-	248	05	
Gr. Osterleben	1.	4	20	685	104	25	16	1	20	-	-	10	-	120	45	75	30	-	22	40	-	120	45	
Osterwieck	1.	5	-	1904	285	60	50	3	75	-	-	-	-	294	35	193	58	-	96	45	-	294	35	
Ohlsdorf	1.	15	50	662	99	30	38	2	85	-	-	-	-	117	95	83	90	-	34	05	-	117	95	
Ohrdruf	1.	1	60	719	107	85	-	-	-	-	-	-	-	648	18	427	88	6	18	214	12	-	648	18
Offenbach a. M.	1.	5	80	3555	533	25	1455	109	13	-	-	-	-	10	147	65	73	01	80	36	44	-	114	21
Oberneustadt	1.	-	50	760	105	-	731	54	83	-	-	-	-	72	63	233	26	106	56	67	59	65	233	26
Gr. Osterleben	4.	1	60	569	84	14	-	1	05	-	-	60	-	23	30	110	55	59	05	-	28	35	23	16
Parow	1.	2	40	410	61	50	-	3	23	-	-	20	-	40	42	96	-	39	45	-	27	15	9	
Fafing	2.	1	-	341	51	15	43	3	45	-	-	-	-	122	15	70	70	12	60	30	-	122	15	
Pinnasberg	1.	3	80	766	114	90	46	3	45	-	-	-	-	186	70	125	88	52	60	30	-	186	70	
Rodenbach	1.	5	80	1206	180	50	-	3	30	-	-	10	-	62	53	451	43	242	90	10	85	51	221	
Potsdam	1.	20	80	2298	344	70	44	3	30	-	-	10	-	81	68	48	05	-	25	35	8	25	60	
Wolfschäppel	1.	5	60	507	76	05	-	-	-	-	-	-	-	25	90	10	35	-	15	55	-	25	90	
Freck	1.	1	80	862	129	30	5	-	-	-	-	38	10	120	45	75	30	-	96	45	-	96	45	
Hageloh	1.	1	60	511																				